Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 7. Mai 2013
Ausgabe 086
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Glückwünsche für Professor Dr. Meitinger 4
› Verträge über Errichtung einer Tiefgarage am Thomas-Wimmer-Ring und Abbruch der Parkgarage Hildegardstraße mit anschließender Neubebauung notariell beurkundet 5
› AWM-Blumenerde kostenlos testen 6
› UNICEF-Grußkarten-Verkauf in der Stadt-Information 7
› Lange Nacht der Musik im Stadtmuseum 7
› Workshop „Tücher gestalten“ im Stadtmuseum 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 8. Mai, 15 Uhr,
Brunnen am Platz Rathausgasse/Am Schützeneck
Stadtrat Paul Bickelbacher (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt in Vertretung des Oberbürgermeister gemeinsam mit Baureferentin Rosemarie Hingerl und Ulrich Wölfer, mfi AG, den neuen Brunnen „Spaces between Trees & People“ offiziell in Betrieb. Das Werk des renommierten dänischen Künstlers Jeppe Hein ist Bestandteil eines mehrteiligen Kunstkonzeptes für das neue Pasinger Zentrum, das der Stadtrat im Jahr 2010 beschlossen hat. Das Konzept ist im Rahmen von QUIVID, dem Kunst-am-Bau-Programm des Baureferates entwickelt worden. Die Pasing Arcaden veranstalten im Anschluss ein Bürgerfest.

Wiederholung
Mittwoch, 8. Mai, 18 Uhr, Saal im Alten Rathaus
Verleihung des Bürgerpreises für Demokratie – Gegen Vergessen. Es sprechen Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Ilse Macek (Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie München) und Dr. Michael Stephan, Leiter des Stadtarchivs. Ausgezeichnet werden zwei Projekte, an denen insgesamt vier Münchner Schulen beteiligt waren. Einen Ehrenpreis erhält Dr. Rachel Salamander.
Eine Anmeldung ist erforderlich unter presse.kulturreferat@muenchen.de

Freitag, 10. Mai, 10.30 Uhr, Karmeliterkirche, Karmeliterstraße 1
Die Ausstellung „Wo München Ruhe findet – Ausstellung zu 450 Jahre Alter Südlicher Friedhof und zur Münchner Friedhofskultur“ eröffnet Bürgermeisterin Christine Strobl im Rahmen einer Veranstaltung mit geladenen Gästen (Medienvertreter willkommen). Grußworte sprechen Bischofsvikar Rupert Graf zu Stolberg, Erzdiözese München-Freising, sowie Stadtdekanin Barbara Kittelberger, Evangelisch-Lutherisches Dekanat München. Im Anschluss führt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, bei einem Presserundgang durch die Ausstellung. Die Ausstellung ist bis Freitag, 7. Juni, zu sehen. Der Alte Südliche Friedhof wurde am 12. April 1563 eröffnet. Bis Oktober wird ein Festprogramm über und auf dem historischen Ort angeboten.

Wiederholung
Samstag, 11. Mai, 20.30 Uhr, Rathaus-Balkon
Meisterfeier auf dem Marienplatz. Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert dem FC Bayern zum Gewinn der Deutschen Fußballmeisterschaft. Im Anschluss an die Feier auf dem Rathaus-Balkon findet im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses ein Stehempfang statt.
Achtung Redaktionen: Für Fotografen und Kamerateams wird an der Mariensäule wieder eine eigenes Podest aufgebaut. Zugang zum Podest und Einlass ins Rathaus nur mit Presseausweis über den Durchlass in der Absperrung am Fischbrunnen.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 14. Mai, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“,
Münchner Zimmer, Am Platzl 9 (nicht barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel).

Dienstag, 14. Mai, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 14. Mai, 19.30 Uhr,
Sozialbürgerhaus, Meindlstraße 14 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 7 (Sendling - Westpark) mit der Vorsitzenden Ingrid Notbohm.

Dienstag, 14. Mai, 20 Uhr,
Sozialbürgerhaus, Meindlstraße 14 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling - Westpark).

Dienstag, 14. Mai, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Bürgerheim“, Bergmannstraße 33 (nicht barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Ludwig Wörner statt.

Dienstag, 14. Mai, 19.30 Uhr,
Saal des Gehörlosenzentrums, Lohengrinstraße 11 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Dienstag, 14. Mai, 19.30 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Giesinger Bahnhof, „Gepäckhalle", Giesinger Bahnhofplatz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 17 (Obergiesing - Fasangarten). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Horst Walter statt.

Dienstag, 14. Mai, 19 Uhr,
Vereinsheim, Eversbuschstraße 161 (nicht barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach - Untermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit der Vorsitzenden Heike Kainz statt.

Meldungen

Glückwünsche für Professor Dr. Meitinger
(7.5.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert dem Altpräsidenten Professor Dr. Ing. Dr. h.c. Otto Meitinger zum bevorstehenden 86. Geburtstag: „Ich darf Ihnen heute zu Ihrem 86. Geburtstag gratulieren. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München und ich verbinden mit diesem Schreiben unsere Bewunderung für Ihr Engagement um das Stadtbild hier vor Ort.
Für Ihr Lebenswerk, und ich denke, man darf es durchaus so nennen, wurden Sie bereits mehrfach ausgezeichnet: Sie erhielten, und dabei nenne ich nur Weniges, den Bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst, den Bayerischen Verdienstorden, das Große Bundesverdienstkreuz, die Medaille ‚München leuchtet – den Freundinnen und Freunden Münchens' in Gold sowie die Goldene Ehrenmünze der Landeshauptstadt München. Zudem freue ich mich, dass Sie Ehrenbürger unserer Stadt sind. Leider haben Sie im vergangenen Jahr erneut einen geliebten Menschen, Ihre Schwester Charlotte, verloren. Ich hoffe sehr, dass Sie sich Ihre Lebensfreude bewahren können und Ihren Ehrentag trotzdem feierlich gestalten können."

Verträge über Errichtung einer Tiefgarage am Thomas-Wimmer-Ring und Abbruch der Parkgarage Hildegardstraße mit anschließender Neubebauung notariell beurkundet

(7.5.2013) Nach einem aufwändigen Ausschreibungsverfahren konnte das Kommunalreferat Ende April 2013 zwei direkt miteinander verbundene Immobilienprojekte in der Münchner Altstadt vertraglich auf den Weg bringen: Ziel des Grundstücksgeschäfts ist es, das Parkhausgrundstück an der Hildegardstraße hinter den Kammerspielen mit einer der Innenstadtlage angemessenen gemischten Nutzung neu zu bebauen. Da der Parkraumbedarf in der Altstadt nach wie vor groß ist, wird das Stellplatzangebot aus dem Parkhaus zur verkehrlichen Entlastung des Viertels und als Voraussetzung für eine Neubebauung des Grundstücks ‚Hildegardstraße' zuvor an den Altstadtring in eine neu zu errichtende Parkgarage unter der öffentlichen Verkehrsfläche des Thomas-Wimmer-Rings verlegt. Mit der Realisierung des Gesamtprojektes wird das Altstadtareal zwischen Maximilianstraße und Tal verkehrlich entlastet und städtebaulich aufgewertet.
Dem aktuellen Vertragsabschluss ging ein kombinierter Planungs- und Preiswettbewerb in einem europaweiten, zweistufigen Vergabeverfahren voraus. Dabei hat sich die Projektgesellschaft der WÖHR + BAUER GmbH durchgesetzt. Aus Sicht des zuständigen Kommunalreferenten ist dieses Vertragswerk, sowohl vom Umfang und von der Komplexität her einmalig und hat viel Aufwand bei allen beteiligten Dienststellen verursacht hat.
„Umso mehr freut es mich, das das Kommunalreferat die notwendige Grundlage für dieses äußerst wichtige städtebauliche Projekt in der Altstadt erfolgreich auf den Weg bringen konnte," so Kommunalreferent Axel Markwardt.
Mit dem aktuellen Vertrag wird das noch bebaute und vermietete Grundstück an der Hildegardstraße an WÖHR + BAUER verkauft sowie für die Errichtung und den Betrieb der Parkgarage am Thomas-Wimmer-Ring ein Erbbaurecht bestellt.
Wesentliche Aufgabe von WÖHR + BAUER wird die weitere Entwicklung und Realisierung der beiden Projekte „Hildegardstraße" und „Thomas-Wimmer-Ring" sowie der Betrieb der Parkgarage am Thomas-Wimmer-Ring sein. Hierfür hat sich WÖHR+ BAUER verpflichtet, innerhalb eines Jahres je Standort einen Realisierungswettbewerb in Abstimmung mit der Stadt durchzuführen und das bisher eingeleitete Bauleitplanverfahren über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der Stadt fortzusetzen und abzuschließen.
WÖHR + BAUER wird am Thomas-Wimmer-Ring – unter dem Altstadtring – ein modernes Parkraumangebot mit zirka 520 Stellplätzen, sowie eini-

gen Anwohnerstellplätzen schaffen. Zum Vergleich: Im derzeitigen Parkhaus Hildegardstraße sind 467 Stellplätze vorhanden.
Im Anschluss daran wird das Areal an der Hildegardstraße neu bebaut. Aufgeteilt auf zwei Baukörper ist dort eine Mischnutzung aus Hotel, Wohnen, Einzelhandel und Büros mit integrierten Anwohnerstellplätzen vorgesehen. Das benachbarte Hotel Mandarin Oriental soll dabei ein Spa, zusätzliche Zimmer sowie gastronomische Einrichtungen erhalten. Das Umfeld wird neu gestaltet werden.
Für die Realisierung gilt zwingend, dass die zu errichtende Tiefgarage unter dem Thomas-Wimmer-Ring in Betrieb genommen sein muss, bevor die Nutzung des Parkhauses an der Hildegardstraße aufgegeben werden darf. Dazu die zuständige Hauptabteilungsleiterin im Planungsreferat, Susanne Ritter: „Mit der geplanten Errichtung einer Tiefgarage am Thomas-Wimmer-Ring und dem Abbruch der Parkgarage Hildegardstraße mit anschließender Neubebauung entsteht hier über eine Aufwertung der einzelnen Standorte hinaus durch die Verknüpfung beider Baumaßnahmen ein deutlicher städtebaulicher Mehrwert und Gewinn für die gesamte Münchner Altstadt".

AWM-Blumenerde kostenlos testen

(7.5.2013) Am Dienstag, 14. Mai, verschenkt der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) zwischen 13 und 16 Uhr am Großmengenwertstoffhof in der Lindberghstraße 8a Münchner Balkon- und Kübelpflanzenerde und Samentütchen mit Sonnenblumensamen. Alle Bürgerinnen und Bürger können ein eigenes Pflanzgefäß mitbringen und erhalten dieses kostenlos aufgefüllt, um sich selbst von der Qualität der Münchner Regionalerden überzeugen zu können. Selbstverständlich können Interessierte hier auch die Balkon- und Kübelpflanzenerde, ebenso wie die Münchner Blumen- und die Münchner Pflanzerde zum Preis von 7,45 Euro pro 45-Liter-Sack kaufen.
Der AWM stellt aus dem Münchner Bioabfall im betriebseigenen Erdenwerk am Entsorgungspark Freimann (ESP) verschiedene Erdenprodukte her. „Mit dem Kauf der Münchner Regionalerden unterstützen Profi- und Hobbygärtner die regionale Kreislaufwirtschaft", erklärt Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM. „Wir freuen uns, dass sich unsere Regionalerden zunehmender Beliebtheit erfreuen und wir die Produktpalette in den vergangenen Jahren stark erweitern konnten." Neben der Münchner Premium Blumen-, Pflanz-, Balkon- und Kübelpflanzenerde verkauft der AWM auf dem ESP auch torffreien Gartenhumus, Kompost zur Bodenverbesserung, Rindenmulch und Bioblumenerde. Alle Erdenprodukte unterliegen einer strengen Qualitätssicherung und tragen das RAL-Gütezeichen.

Bereits seit 2007 vergärt der AWM in der Trockenfermentationsanlage am ESP einen Teil des Münchner Biomülls zu Biogas, das verstromt wird. Der Gärrest wird kompostiert, der gewonnene Kompost bildet das Ausgangsmaterial der Münchner Erden, die auf sechs Münchner Wertstoffhöfen, am ESP und in verschiedenen Obi-Baumärkten im Stadtgebiet verkauft werden. Zusätzlich beliefert der AWM Kleingartenanlagen auf Bestellung mit Sackware auf Paletten sowie mit loser Ware.
Für Fragen stehen Ernst Feichtinger unter der Telefonnummer 32 47 69 17 und das Infocenter des AWM unter der Telefonnummer 2 33-9 62 00 zur Verfügung.

UNICEF-Grußkarten-Verkauf in der Stadt-Information
(7.5.2013) In der Stadt-Information im Rathaus findet vom 13. bis 17. Mai, Montag bis Freitag von 11 bis 17 Uhr, der UNICEF-Grußkarten-Verkauf statt.

Lange Nacht der Musik im Stadtmuseum
(7.5.2013) Das Münchner Stadtmuseum lädt im Rahmen der Langen Nacht der Musik am Samstag, 11. Mai, zu folgenden Veranstaltungen ein:
- 20 Uhr: „Imaginäre Klange- und Weltreise“ mit Peter Michael Hamel (präpariertes Klavier) und Johnny Hamel (Percussion)
- 21 Uhr, 0.15 bis 1 Uhr: „Oud Solo“ – Roman Bunka ist einer der versiertesten Oud-Spieler Deutschlands
- 22 Uhr: „Balijava“ (1971) – Peter Michael Hamel (präpariertes Klavier), Ursula Haydl und András Varsányi an balinesischen gendèr-Metallophonen
- 23 Uhr: „Al Andaluz“ – Improvisationen mit Roman Bunka (oud), Johnny Hamel (percussion), Peter Michael Hamel (Klavier)
- 24 Uhr: „Mega-Tamtam“ – Klang und Lautstärke des Zwei-Meter-Tamtams um Mitternacht (Dr. András Varsányi)

Die Konzerte finden in der Sammlung Musik des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, 4. Stock, statt. Veranstaltungsende ist um 1 Uhr. Das Ticket für die Lange Nacht der Musik kostet 15 Euro.

Workshop „Tücher gestalten“ im Stadtmuseum
(7.5.2013) Im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, findet am Samstag, 11 Mai, von 11 bis 15.30 Uhr für Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene der Workshop „Accessoires im Stil der Siebziger – Tücher gestalten“ mit der Modedesignerin Monika Hutter statt. Originell, wild, vielfältig und widersprüchlich war die Mode der „Siebziger“. Accessoires spielten dabei eine besonders wichtige Rolle. In der Ausstellung „Geschmacksache. Mode der 1970-er Jahre“ finden die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer die Inspirationen, die anschließend im Studio umgesetzt werden können. Aus Baumwollstoffen oder mitgebrachten (möglichst in hellen Farben, vorher gewaschenen) Baumwollshirts werden in verschiedenen Techniken individuelle Tücher, Schals und Shirts durch Bedrucken, Bemalen, Besticken und Applizieren mit Textilfarben, Perlen, Pailletten, Stickgarn und Wolle gestaltet. Die Teilnahme kostet 15 Euro, ermäßigt 10 Euro inklusive Museumseintritt und Material. Anmeldungen erbeten unter Telefon 2 33-2 29 94 oder presse.stadtmuseum@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 7. Mai 2013

Erschütterung durch neue Variobahn
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Josef Schmid (CSU) vom 21.3.2013

Nichtbehandlung des CSU-Antrages „Übernahme des Hermann-von-Siemens-Sportparks durch die Landeshauptstadt München vorantreiben“ vom 25.01.2012
Anfrage Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU) vom 5.2.2013

Knoll-Kapelle wirksam vor Schmierfinken schützen
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.9.2012

Schluss mit dem Irrsinn – Pasinger Jugendheim dichtmachen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.2.2013

Grundstückserwerbungen durch Käufer aus Katar in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 4.3.2013

Nachgefragt: Brand in der Landsberger Straße 162
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 15.3.2013

Erschütterung durch neue Variobahn
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Josef Schmid (CSU) vom 21.3.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 21.03.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Die CSU-Stadtratsfraktion hat bereits mehrfach die Frage der Lärmbelästigung durch Trambahnen thematisiert. Belästigungen wurden von der SWM/MVG zurückgewiesen. Es gebe hohe Standards hinsichtlich der Minimierung der Geräuschentwicklung, auch beim Neubau von Gleisanlagen. Alle bekannten und vertretbaren Maßnahmen zur Geräuschreduzierung seien umgesetzt.
Aktuell kommt es jedoch wieder verstärkt zu Beschwerden von Betroffenen. Von Vibrationen, Dröhnen und Rumpeln ist die Rede, ebenso von Schäden an (denkmalgeschützten) Gebäuden. Diese Beschwerden scheinen mit der Variobahn zusammenzuhängen.“

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (SWM/MVG) fallen. Ihre Fragen können hiernach wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse liegen derzeit bei SWM/MVG bezüglich Erschütterungen durch die Variobahn vor?

Antwort der SWM/MVG:
Der MVG liegen hinsichtlich Erschütterungen einige wenige Beschwerden von Anwohnern vor. Allerdings gibt es derzeit keine Erkenntnisse über einen konkreten Zusammenhang mit der Variobahn. Die MVG wird daher in den nächsten Wochen Messungen durchführen, um entsprechende Daten zu erheben und die Ursachen zu ermitteln.

Frage 2:
Ist eine bauliche Nachbesserung bei der Variotram möglich?

Antwort der SWM/MVG:
Ob eine bauliche Nachbesserung der Variobahnen notwendig und möglich ist, kann erst nach Vorliegen der zu Frage 1 beschriebenen Untersuchungs-

ergebnisse und der angeforderten Stellungnahme des Fahrzeugherstellers, der Firma Stadler, beurteilt werden.

Frage 3:
Kann die MVG die Variotram auf anderen Strecken einsetzen, nicht auf Strecken durch Altbaubestand?

Antwort der SWM/MVG:
Ob und gegebenenfalls welche Zusammenhänge es zwischen dem Einsatz der Variobahn und dem Baubestand gibt, müssen die zu Frage 1 beschriebenen Untersuchungen zeigen. Grundsätzlich müssen die Fahrzeuge der SWM/MVG auf allen Strecken einsetzbar sein, um den Fahrzeugeinsatz (mit unterschiedlich großen Fahrzeugen) an die sich ändernde Fahrgastnachfrage anzupassen und auch, um jederzeit Umleitungen zu ermöglichen.

Frage 4:
Kann beim Neubau von Strecken ein verbesserter Schutz durch bauliche Dämpfungsmaßnahmen dargestellt werden?

Antwort der SWM/MVG:
Bei der Erneuerung von Bestandsstrecken wird grundsätzlich ein Erschütterungsschutz nach dem aktuellen Stand der Technik eingebaut, der gegenüber den vor 20 oder 30 Jahren eingebauten Systemen eine deutliche Weiterentwicklung darstellt. Dadurch verbessert sich die Situation in der Regel, wie Anlieger erneuerter Strecken auch regelmäßig bestätigen.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Nichtbehandlung des CSU-Antrages „Übernahme des Hermann-von-Siemens-Sportparks durch die Landeshauptstadt München vorantreiben“ vom 25.01.2012
Anfrage Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer (CSU) vom 5.2.2013

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Sie haben folgende schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO gestellt:

„Der oben genannte Antrag – sowie ein weiterer zu diesem Thema vom 27.05.2011 – sind bis dato nicht bearbeitet worden. Fristverlängerung wurde nicht beantragt. Wir fragen deshalb:“

Zu den von Ihnen gestellten Fragen teile ich Ihnen in Abstimmung mit dem Direktorium Folgendes mit:

Frage 1:
Warum wurden die Anträge nicht innerhalb der in der Geschäftsordnung festgelegten Frist von drei Monaten behandelt?

Antwort:
Die beiden von Ihnen gestellten Anträge haben die Übernahme des Hermann-von-Siemens-Sportparks zum Ziel. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Landeshauptstadt München und die Eigentümerin des Areals, die Siemens AG über den Kauf des Grundstücks einig werden.
Diese Einigung konnte bisher trotz intensiver Bemühungen seitens der Stadtverwaltung nicht erzielt werden.
Zuletzt fand im Dezember 2012 ein Gespräch mit der Siemens AG statt. Dabei wurde vereinbart, dass die Landeshauptstadt München ein Kaufangebot für das Areal abgeben wird. Am 13.02.2013 hat das Kommunalreferat Herrn Oberbürgermeister den Entwurf dieses Kaufangebotes zugeleitet.
Sobald absehbar ist, ob der Kauf zu Stande kommen kann, wird die Stadtverwaltung den Stadtrat mit der Angelegenheit befassen und in diesem Zusammenhang auch alle noch offenen Anträge zu diesem Thema abschließend behandeln.

Frage 2:
Wieso wurden keine begründeten Anträge auf Fristverlängerung gestellt?

Antwort:
Die Beantragung einer Fristverlängerung wurde versäumt. Ich bitte hierfür um Entschuldigung.

Frage 3:
Wie wird der Oberbürgermeister auf diese Vorstöße gegen die Geschäftsordnung reagieren und zukünftig sicherstellen, dass die Rechte des ehrenamtlichen Stadtrates bezüglich der Anträge an den Oberbürgermeister sichergestellt werden, d. h. eine fristgerechte Behandlung erfolgt?

Antwort:
Nach § 60 Abs. 2 GeschO sind Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder innerhalb einer Frist von drei Monaten mittels einer Vorlage von dem zuständigen Referenten/der zuständigen Referentin im vorberatenden oder beschließenden Ausschuss zur Beratung zu stellen.
Sollte die Bearbeitungsfrist von drei Monaten nicht eingehalten werden können, ist gemäß § 60 Abs. 3 Satz 1 GeschO unter Angabe der Gründe und des voraussichtlichen Behandlungstermines beim Antragsteller/bei der Antragstellerin eine Fristverlängerung zu beantragen. Die Fristverlängerung kann immer nur beim Antragsteller/bei der Antragstellerin beantragt und auch nur von diesem/dieser genehmigt werden. Die Beantragung ist Aufgabe des Fachreferates, das den Stadtratsantrag bearbeitet. Das Direktorium überwacht die Fristeinhaltung durch die Fachreferate und moniert bei diesen bei Bedarf. Kann ein Zeitpunkt für die Behandlung noch nicht benannt werden, ist der Antragsteller/die Antragstellerin gemäß § 60 Abs. 3 Satz 2 GeschO in zweimonatigen Abständen über den Bearbeitungsstand zu unterrichten. Die Referate werden vom Direktorium regelmäßig an die Fristen erinnert und Fristversäumnisse bei noch offenen Anträgen werden moniert.

Für Ihre beiden noch offenen Anträge zum Hermann-von-Siemens-Sportpark habe ich mit Schreiben vom 08.02.2013 eine Fristverlängerung beantragt.

Knoll-Kapelle wirksam vor Schmierfinken schützen
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.9.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Es wurde von Ihnen beantragt, die Stadt möge Maßnahmen ergreifen, um neuerliche Schmierereien an der Knoll-Kapelle in den Frühlingsanlagen in der Au wirksam zu unterbinden.

Eine Entscheidung des BVerfG stellt klar, dass eine Überwachung öffentlicher Plätze durch Kameras eine klare und restriktive gesetzliche Regelung benötigt.
In jedem Einzelfall muss eine Abwägung zwischen der Reichweite des Eingriffs in die Grundrechte aller Betroffenen und der Gefahr für das öffentliche Leben bzw. die öffentliche Sicherheit durchgeführt werden („Verhältnismäßigkeit der Maßnahme").
Durch die Schmierereien an der Knoll-Kapelle geht keine Gefahr für die Sicherheit von Personen aus. Eine Überwachung aller Personen, welche die Grünanlage und die Kapelle besuchen möchten, ist daher nicht verhältnismäßig.

Die Installation einer Überwachungskamera kommt daher für die Knoll-Kapelle nicht in Betracht.

Ferner dürfen wir auf den Beschluss des Bauausschusses vom 08.07.2008 „Schmierfinken das Leben schwer machen – Graffiti-Kriminalität wirksam bekämpfen!" (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 00418) verweisen, mit dem der gleichlautende Antrag der BIA Nr. 08-14/A 00006 vom 02.05.2008 behandelt wurde.
In dieser Beschlussvorlage wurde die seit 20 Jahren praktizierte Vorgehensweise dargestellt, die vom Stadtrat wiederholt beschlossen und bestätigt wurde und die bis heute umgesetzt wird.

Die Stadtverwaltung arbeitet mit der Koordinierungsgruppe Graffiti der Polizei München eng zusammen. Die Auslobung einer Belohnung fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt München.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Schluss mit dem Irrsinn – Pasinger Jugendheim dichtmachen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.2.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Mit o.g. Antrag beantragen Sie:

„Der Stadtrat beschließt:

- *Das Jugendheim in der Pasinger Scapinellistraße wird dauerhaft geschlossen und einer anderen Nutzung zugeführt.*

- *Das Personal der Einrichtung wird auf andere städtische Dienstposten verteilt.“*

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 07.02.2013 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Das Jugendhilfezentrum Pasing ist eine geschlossene Schutzstelle mit Clearingauftrag für zwölf- bis siebzehnjährige Jungen und Mädchen, die aufgrund ihrer hohen dissozialen Auffälligkeit, der damit verbundenen Fremd- bzw. Eigengefährdung und einer hoch problematischen Lebenssituation zunächst nicht weniger intensiv im Rahmen der Jugendhilfe untergebracht werden können.

Der Bedarf für eine solche Einrichtung war insbesondere im Zusammenwirken zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie unterstrichen worden, die seit Jahren erheblichen Handlungsbedarf für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der weiteren Klärung des Hilfebedarfs sieht.

Ebenso besteht ein hoher Bedarf für geschlossene Schutzplätze seitens der Kinder- und Jugendhilfe, die von einem massiv gestiegenen Versorgungsbedarf von Kindern und Jugendlichen mit schweren dissozialen Auffälligkeiten in Krisensituationen berichtet.

Das Stadtjugendamt München hat im Jugendhilfezentrum Pasing an der Scapinellistraße einen vorübergehenden Belegungsstopp eingeleitet. Die Erfahrungen seit der Eröffnung des Jugendhilfezentrums Pasing im April

2012 haben gezeigt, dass hinsichtlich der Umsetzung des pädagogischen Konzepts noch Anpassungs- bzw. Feinjustierungsbedarf besteht. Das Jugendhilfezentrum Pasing ist eine in der Münchner Kinder- und Jugendhilfe völlig neuartige Einrichtung mit außerordentlich schwierigen und belasteten Jugendlichen und einem geschlossenen pädagogischen Setting. Die seit der Eröffnung gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass eine solche Feinjustierung erst bei einem vorübergehenden Belegungsstop eingeleitet werden kann. Zudem sind einige bauliche Ergänzungsmaßnahmen vorgesehen, deren pädagogische Notwendigkeit sich erst im Lauf des Betriebs herausgestellt hat. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt München hat sich nach intensivem Prüfprozess entschieden, dem Stadtrat den Wechsel des Betriebs der Einrichtung in freie Trägerschaft vorzuschlagen. Wesentlich dafür ist das Kriterium der langjährigen Erfahrung eines künftigen Trägers mit dem Setting der Geschlossenheit.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendhilfezentrums Pasing verbleiben weiterhin in Arbeitsverhältnissen bei der Landeshauptstadt München.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Grundstückserwerbungen durch Käufer aus Katar in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 4.3.2013

Antwort Kommunalreferent Axel Markwardt:

Mit Schreiben vom 04.03.2013 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Kommunalreferat wie folgt beantwortet wird:

In Ihrer Anfrage führen Sie folgendes aus:

„Nach Informationen aus Münchner Gewerkschaftskreisen wurde das Elisenhof-Areal am Hauptbahnhof vom Emir von Katar bzw. einem in seinem Auftrag handelnden Bevollmächtigten erworben. Diese Information, sollte sie zutreffen, gewinnt ihre besondere Brisanz aus dem Umstand, daß der Scharia-Staat Katar seit geraumer Zeit als potentieller Finanzier des von den Münchner Rathausfraktionen und dem Penzberger Imam Idriz geplanten islamischen Großzentrums (ZIE-M) gehandelt wird. Katarische Käufer sollen zudem über das Elisenhof-Areal hinaus weitere Grundstücke im Münchner Stadtgebiet erworben haben. – Es ergeben sich Fragen."

Sie fragen daher den Oberbürgermeister:

Frage 1:
Inwieweit ist die Information zutreffend, wonach das Elisenhof-Areal am Hauptbahnhof von einem Käufer aus Katar bzw. vom Emir von Katar erworben wurde?

Antwort:
Dem Kommunalreferat liegen dazu keine Erkenntnisse vor.

Frage 2:
Welche weiteren Grundstücke im Münchner Stadtgebiet wurden in den letzten zwei Jahren ggf. von Käufern aus Katar bzw. vom Emir von Katar erworben?

Antwort:
Die Stadt hat keine Kenntnisse über Grundstücksgeschäfte, die Dritte betreffen.

Nachgefragt: Brand in der Landsberger Straße 162
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 15.3.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Sie haben am 15.03.2013 folgende schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO gestellt: *„Der Brand in der Nacht zum 09.03.2013 in einem ehemaligen Bahnbediensteten-Wohnheim in der Landsbergerstraße 162, das offiziell seit rund 15 Jahren leer steht, war bereits Gegenstand einer Anfrage des Fragestellers (‚Wohnungsleerstand in München, ein Brand und eine illegale Hausbesetzung', StR-Antr. Nr. 08-14/F 01511 vom 13.03.). Das Gebäude war 2002 schon einmal besetzt und wieder geräumt worden, wurde seither aber offenbar weiter illegal bewohnt, laut Medienberichten von rund einem Dutzend Personen. – Es stellen sich ergänzende Fragen von öffentlichem Interesse".* Ihre Fragen werden durch das Kreisverwaltungsreferat hiermit beantwortet.

Frage 1:
Medienberichten und auch der Darstellung der Stadt zufolge (http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Branddirektion-Muenchen/Aktuelles/2013/Landsberger_Strasse.html) hatten sich zum Zeitpunkt des Brandes 15 Personen in dem Gebäude aufgehalten. Gibt es Hinweise auf eine Belegung durch noch mehr Personen, die nicht anwesend waren?

Antwort:
Hinweise auf Belegung des Anwesens durch weitere Personen liegen dem KVR nicht vor. Wegen evtl. weiterer Informationen werden Sie gebeten, sich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 2:
Was ist über die Nationalität(en) der 15 Personen bekannt?

Antwort:
Die Nationalität der 15 Personen ist dem KVR nicht bekannt.

Frage 3:
Erfolgte eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch?

Antwort:
Ob eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet wurde, ist dem KVR nicht bekannt. Entsprechende Informationen liegen ggf. dem Polizeipräsidium München vor.

Frage 4:
Hielten sich die Personen mit Wissen des Eigentümers in dem Gebäude auf, obwohl es sich um ein Abbruchgebäude handelt?

Antwort:
Dem KVR ist nicht bekannt, ob sich die bei dem Feuerwehreinsatz angetroffenen Personen mit Wissen des Eigentümers in dem Gebäude aufhielten. Diesbezügliche Informationen hat ggf. der Gebäudeeigentümer.

Frage 5:
Inwieweit handelt es sich bei den 15 Aufgegriffenen um Scheinselbständige? Verfügen sie über eine reguläre Krankenversicherung?

Antwort:
Dem KVR liegen keine Informationen vor, dass es sich bei den Aufgegriffenen um sog. „Scheinselbständige" handeln würde und ob diese über eine Krankenversicherung verfügen.

Frage 6:
Wer kommt für die Kosten des Feuerwehreinsatzes auf?

Antwort:
Brandeinsätze sind grundsätzlich kostenfrei. Im Fall grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Brandstiftung kann an die Person verrechnet werden, die die Gefahr grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt hat.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 7. Mai 2013

Medienbestand der Internationalen Jugendbibliothek sichern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Nikolaus Gradl, Michael Leonhart, Haimo Liebich, Monika Renner, Klaus-Peter Rupp, Regina Salzmann (SPD), Stadträte Dr. Florian Roth, Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) und Stadtrat Thomas Niederbühl (Rosa Liste)

Dem Chaos vorbeugen – Ist der Öffentliche Nahverkehr auf das diesjährige Fußball-Championsleague-Finale am 25.05.2013 ausreichend vorbereitet?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Josef Schmid (CSU)

Radlhauptstadt 2.0
I. Neue Ziele, mehr Mittel und bessere Daten für den Münchner Radverkehr
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Radlhauptstadt 2.0
II. Ausbau und Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur für mehr, schnelleres und sicheres Radfahren!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Radlhauptstadt 2.0
III. Kommunikation und mehr Sicherheit für den Radverkehr!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Radlhauptstadt 2.0
IV. Alles aus einer Hand – Das Fahrrad ins Mobilitätspaket!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Attraktivere Pausenhöfe an Münchner Schulen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Keimbelastung im Trinkwasser in der Wohnanlage Helsinkistraße 21-25 in der Messestadt West
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Funktionsfähigkeit von Rolltreppen in U- und S-Bahnhöfen sicherstellen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Beleuchtung der Mae West am Effnerplatz
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

München wird aktiv: Heimatlandprinzip statt Massenzuwanderung!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD
Stadtratsfraktion

Die Grünen – rosa liste
Stadtratsfraktion

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

Klaus-Peter Rupp
Haimo Liebich
Dr. Reinhard Bauer
Nikolaus Gradl
Dr. Ingrid Anker
Monika Renner
Regina Salzmann
Michael Leonhart

Dr. Florian Roth
Dr. Florian Vogel
Thomas Niederbühl

Stadtratsmitglieder

München, 07.05.2013

Medienbestand der Internationalen Jugendbibliothek sichern

Antrag

Das Kulturreferat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass die Reinigung des Bücherbestandes der Internationalen Jugendbibliothek in der Blutenburg planmäßig durchgeführt werden kann.

Begründung:

Mit Kinderbüchern Brücken bauen, zwischen Menschen, Ländern und Kulturen: Mit dieser Devise zählt die Internationale Jugendbibliothek in der Blutenburg zu den wichtigsten Sammlungen für Kinder- und Jugendliteratur. In ihrem Bestand befinden sich inzwischen weit über eine halbe Million Titel. Dieser Bestand muss aber auch für die Zukunft erhalten und gepflegt werden. Eine Reinigung des Gesamtbestandes ist unablässig.

Die Stiftung Internationale Jugendbibliothek in der Blutenburg hat dafür Zuwendungen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frau und Jugend erhalten sowie vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Aussicht gestellt bekommen.

Diese Bibliothek ist eine Bereicherung in der heutigen Zeit, in der immer mehr Kinder und Jugendliche immer weniger lesen. Diese Kulturgüter müssen erhalten werden und die Stadt wird hier selbstverständlich ihren Beitrag leisten.

gez.
Klaus-Peter Rupp
Haimo Liebich
Dr. Reinhard Bauer
Nikolaus Gradl
Dr. Ingrid Anker
Monika Renner
Regina Salzmann
Michael Leonhart
SPD-Stadtratsmitglieder

gez.
Dr. Florian Roth
Dr. Florian Vogel
Thomas Niederbühl
Stadtratsmitglieder Fraktion Grüne-rosa Liste

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE
07.05.13

Dem Chaos vorbeugen – Ist der Öffentliche Nahverkehr auf das diesjährige Fußball-Championsleague-Finale am 25.05.2013 ausreichend vorbereitet?

Das letztjährige Championsleague-Endspiel in München hat deutlich gemacht, dass das MVG-Netz, insbesondere die „U-Bahn-Stammstrecke“ zwischen Poccistraße und Münchner Freiheit, bei Großereignissen schnell überlastet ist.

Auch wenn das diesjährige Finale nicht in München stattfindet ist doch zu erwarten, dass es einen großen Fan-Ansturm, auch aus dem Umland, auf die Public Viewing-Möglichkeiten in München geben wird. Der zuständige Referent hat ja bereits angekündigt, sich intensiv für Public Viewing einzusetzen.

Ein Antrag der CSU vom 25.05.2012, der aus den Erfahrungen mit dem letztjährigen Endspiel in München resultiert und Konsequenzen fordert, ist noch unbearbeitet.

Daher fragen wir:

1. Welche Maßnahmen hat die MVG im Bus-, Tram- und U-Bahnverkehr, insbesondere auf der Strecke U 3/U 6, für den 25.05.2013 vorgesehen?

2. Wie kann die MVG gewährleisten, dass es an wichtigen Knotenpunkten, wie z.B. am Marienplatz, nicht zu einer ähnlichen Überlastung der Bahnhöfe aufgrund des Passagieraufkommens wie im letzten Jahr kommt?

3. Welche Kontakte gibt es zum MVV, um z.B. die Takte auf den S-Bahnästen zu verdichten?

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 07.05.2013

Antrag

Radlhauptstadt 2.0
I. Neue Ziele, mehr Mittel und bessere Daten für den Münchner Radverkehr

1. Als neuer Zielwert für den Radverkehr in München wird ein Anteil von mindestens 25% am Gesamtverkehr (Anteil an allen Wegen) bis zum Jahr 2020 festgesetzt. Dieser Wert soll als Ziel in allen Programmen und Planungen zum Radverkehr zugrunde gelegt werden. Im Rahmen eines Masterplans Radverkehr, der von der Verwaltung entwickelt werden soll, sind sämtliche Aktivitäten und Maßnahmen darzustellen, die zur Erreichung des Zielwerts notwendig sind. Der Masterplan Radverkehr ist dem Stadtrat erstmals im Jahr 2014 vorzulegen und alle zwei Jahre fortzuschreiben.
2. Um das Ziel von 25% Radverkehrsanteil zu erreichen, werden die Mittel für die Radverkehrsförderung gemäß den Empfehlungen von Bundesverkehrsminister Ramsauer im neuen Nationalen Radverkehrsplan auf mind. 15 Euro pro Einwohner und Jahr erhöht. Dies entspricht einem jährlichen Gesamtbudget zur Förderung des Radverkehrs in München von 20 Mio. Euro.
3. Dieses Budget wird zur Vereinfachung des Verwaltungsablaufs auf die wichtigsten mit Radverkehrsthemen betrauten Referate (Planungsreferat, Baureferat und Kreisverwaltungsreferat) gemäß ihren Aufgaben verteilt und von diesen in Eigenregie verwaltet.
4. Zur Finanzierung des Budgets ist zu prüfen, inwieweit Mittel aus dem Stellplatzablösetopf, Einnahmen aus dem Parkraummanagement oder andere fachlich verbundene Einnahmen verwendet werden können.
5. Neben der Erhöhung der finanziellen Ressourcen wird auch die Zahl der Stellen in der Verwaltung für die Bearbeitung von Aufgaben des Radverkehrs verdoppelt, was in etwa 10 neue Stellen für den Themenbereich Radverkehr bedeutet.
6. Um die Radverkehrsförderung zu überprüfen und die Umsetzung von Maßnahmen anpassen und optimieren zu können, wird bis zum Jahr 2015 ein umfassendes Qualitätssicherungssystem im Radverkehr aufgebaut und eingeführt. Dazu gehören regelmäßige und systematische Erhebungen des Radverkehrs mit dem Ergebnis aussagekräftiger, repräsentativer und räumlich differenzierter Aussagen über Aufkommen, Verhalten und Qualität im Radverkehr, sowie ein systematischer Vergleich mit Best-Practise-Städten.
7. Periodische Erhebungen sind im zweijährigen Rhythmus zu wiederholen und fortzuschreiben. Die wissenschaftlich abgesicherten Daten sind durch Erfahrungen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ergänzen. Hierzu wird ein internetgestütztes „Münchner Radlbüro“ eingerichtet, das im Sinne eines „Beschwerdemanagements-Tools“ eine moderne, IT-gestützte Möglichkeit bietet, Anregungen zur Verbesserung der Radverkehrssituation zu geben und sich über die laufende Bearbeitung des Anliegens zu informieren. Über die Ergebnisse des

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Monitorings, daraus abgeleitete Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen ist dem Stadtrat im zweijährigen Rhythmus zu berichten

Begründung:
Aktuell legen die Münchnerinnen und Münchner über 17% aller Wege mit dem Fahrrad zurück. Das entspricht einer Steigerung von rund 70% in den letzten 10 Jahren. Allein die Fortschreibung dieses Trends ergäbe nahezu 25% Radverkehrsanteil bis 2020. Andere europäische Großstädte haben dieses Ziel längst übertroffen. Die Erreichbarkeit dieses Ziels steht somit außer Frage.

Allerdings muss für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Radverkehrs auch die Infrastruktur entsprechend angepasst werden, sonst schwächt sich der Trend ab oder es entstehen massive Probleme bei der Verkehrssicherheit, wenn die zunehmenden Mengen an Radlerinnen und Radlern sich auf zu kleinen und schlecht unterhaltenen Radverkehrsanlagen fortbewegen müssen.

Das Ziel „25% Radverkehr“ ist zum einen ein deutliches Zeichen nach Außen, dass die Radlhauptstadt München sich als solche bekennt und gewillt ist, den Titel unter den größten deutschen Städten zu verteidigen und in Europa den Rückstand auf Städte wie Kopenhagen oder Amsterdam aufzuholen. Vor allem aber ist ein konkretes, ambitioniertes Ziel als verbindliche Vorgabe und Legitimation für die Verwaltung nötig, damit sie entsprechende Maßnahmen entwickeln und umzusetzen kann.

Gegenwärtig investiert die LH München etwa 7-10 Mio. Euro pro Jahr in den Radverkehr. Diese jährlichen Mittel setzen sich zusammen aus

α) knapp 4 Mio. Euro aus der mittlerweile in „Nahmobilitätspauschale“ umbenannten ehemaligen „Radverkehrspauschale“ (insgesamt 4,5 Mio. Euro) sowie
β) geschätzten rund 3-6 Mio. Euro aus dem Bereich des Straßenbaus und des Straßenunterhalts (Finanzmittel-Anteil des Radverkehrs bei der Umsetzung von Großprojekten, die ein eigenes Finanzbudget haben).

Angesichts der massiv gestiegenen Bedeutung des Radverkehrs, der Zielsetzung von 25% Modal-Split-Anteil sowie der fachlich begründeten Anforderung aus dem Nationalen Radverkehrsplan erscheint eine Verdoppelung der aktuell eingesetzten Mittel nicht nur angemessen, sondern dringend notwendig.

Um die Aufteilung der Mittel auf die verschiedenen Projekte und Themenbereiche effektiver und transparenter zu gestalten, sollen die Mittel künftig in eigener Budgetverantwortung der Referate und nicht mehr zentral durch das Baureferat verwaltet werden.

Die Fachreferate bzw. die Kämmerei verfügen über erhebliche Einnahmen aus Sondertöpfen, wie z.B. der Stellplatzablöse, dem Parkraummanagement oder auch der Verkehrsüberwachung, die weit über dem geforderten Budget liegen und bei ausreichendem politischen Willen auch haushaltstechnisch sauber zweckgebunden verwendet werden könnten, ohne dass frisches Geld von der Kämmerei aufgebracht werden müsste.

Auch bei einer Verdopplung der Finanzmittel bleibt das Fahrrad im Hinblick auf seine steigende Bedeutung, seine Leistungsfähigkeit und seine Stadtverträglichkeit neben dem Fußverkehr das mit Abstand kostengünstigste Verkehrsmittel. Andere Fahrradstädte haben dies bereits erkannt und investieren seit Jahren deutlich höhere Summen in die Förderung des Radverkehrs (Bsp.: Kopenhagen: etwa 30 Mio. Euro pro Jahr).

Momentan existieren über den Münchner Radverkehr nur unzureichende Daten. Nur alle 6-7 Jahre wird das Mobilitätsverhalten der Münchnerinnen und Münchner im Rahmen der MiDMUC-Erhebung umfassend untersucht. Automatische Dauerzählstellen gibt es im gesamten Stadtgebiet bisher erst sieben. Dazu kommen Teilerhebungen im Zuge von Einzelvorhaben mit jeweils unterschiedlichem Erkenntnisinteresse und methodischen Ansätzen, was die Vergleichbarkeit der Daten schwierig macht. Um aber zu wissen, wo genau München im Radverkehr steht, wo Schwachstellen sind und Verbesserungsbedarf herrscht, ist ein belastbares Monitoring auf der Grundlage aussagekräftiger Daten unerlässlich.

Überfällig ist auch ein Beschwerdemanagementsystem, bei dem Radfahrer beispielsweise per Smartphone Schlaglöcher in Radwegen oder gefährliche Führungen an Baustellen fotografieren, an die Stadt schicken und sich in der Folge über die Behebung informieren können.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 07.05.2013

Antrag

Radlhauptstadt 2.0
II. Ausbau und Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur für mehr, schnelleres und sichereres Radfahren !

1. Das Haupt- und Nebenroutennetz für den Radverkehr in München wird soweit ausgebaut und verbessert, dass es
   - deutlich größere Radverkehrsmengen (25% Modal Split) bewältigen kann,
   - eine zügige und sichere Befahrbarkeit gewährleistet wird und
   - eine gleichzeitige Benutzung von Radfahrern mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten (10-30 km/h) möglich wird (Überholmöglichkeiten).
2. Dabei wird das Radverkehrsnetz um die Kategorie „Radschnellwege“ ergänzt, die zukünftig wichtige Tangentialverbindungen herstellen und die Innenstadtbezirke mit dem Stadtrand und den Umlandgemeinden verknüpfen. Für die Verknüpfung mit dem Umland wird die Kooperation mit den Nachbargemeinden intensiviert. Richtung Innenstadt werden die Radschnellwege als hochwertige Radtrassen fortgesetzt. Hierfür werden in möglichst vielen Straßen die derzeit vorhandenen vier Fahrspuren für den motorisierten Verkehr in zwei überbreite Fahrspuren plus zwei Radfahrstreifen umgewandelt.
3. Das gesamte Münchner Radverkehrsnetz mit einer derzeitigen Länge von ca. 1.200 km wird weiter flächenhaft ausgebaut. Hierzu gehören unter anderem die Öffnung von weiteren Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr (Ziel: mind. 500 von 700), die Aufhebung der Benutzungspflicht aller Radwege, in welchen es rechtlich zulässig ist, die Einrichtung von mind. 200 Fahrradstraßen und die Schaffung von abkürzenden Durchlässen.
4. Konkrete Projekte und wichtige Lückenschlüsse mit besonders dringendem Handlungsbedarf sind Lindwurm-, Rosenheimer, Ludwig-, Leopold-. Dachauer, Schwanthaler-, Elisabeth-, Schleißheimerstraße und das Museumsviertel (Theresien-, Gabelsberger- und Luisenstraße)
5. Umverteilung von Straßenraum: Die Führung des Radverkehrs berücksichtigt ab sofort die Tatsache, dass aufgrund der aktuellen Entwicklungen (Pedelecs, technischer Fortschritt) die Fahrgeschwindigkeiten im Radverkehr zunehmen. Der höhere Platzbedarf des Radverkehrs wird in der Regel dem vorhandenen Verkehrsraum des motorisierten Verkehrs abgezogen. Der schnelle Radverkehr soll zukünftig entsprechend auf der Fahrbahn (Radfahrstreifen und Schutzstreifen) abgewickelt werden und wo notwendig die Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs reduziert werden, um dessen Fahrspuren verschmälern zu können und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Der langsamere Radverkehr soll auf den vorhandenen baulichen Radwegen im Seitenraum geführt werden.
6. Bei der Umsetzung von Umbaumaßnahmen soll verstärkt mit Verkehrsversuchen gearbeitet werden, um die Auswirkungen und die Verträglichkeit verschiedener Lösungen

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

testen zu können (Bsp.: Verkehrsversuch am Rotkreuzplatz in 2011).
7. Beim Betrieb des Radverkehrsnetzes wird stärker auf eine fahrradfreundliche Regelung an Baustellen geachtet. Die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn ist die Regel. Das Schild „Radfahrer absteigen“ oder das „Zusammendrängen“ von Rad Fahrenden und zu Fuß Gehenden auf engstem Raum werden vermieden. Die Einhaltung entsprechender verkehrsrechtlicher Anordnungen wird von der Verwaltung konsequent überwacht.
8. Im Winter werden die wichtigsten Bestandteile des Fahrradnetzes in gleicher Qualität geräumt wie das Hauptstraßennetz. Hierfür erstellt das Baureferat ein Winterroutenräumkonzept.
9. Zur Verbesserung des Radverkehrsnetzes gehört auch der massive Ausbau von qualitativ hochwertigen Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet. Neben der Schaffung von möglichst vielen überdachten und diebstahlsicheren Abstellplätzen im öffentlichen Raum und an den Schnittstellen zum Öffentlichen Verkehr sollen in Erweiterung der städtischen Fahrradabstellsatzung durch die Auflage eines Förderprogramms Anreize gesetzt werden, damit Hausbesitzer, Wohnungseigentümer, Wohnungsbaugesellschaften und Hausverwaltungen die Abstellmöglichkeiten in und an Wohngebäuden quantitativ und qualitativ verbessern.
10. Bis zum Jahr 2020 soll auch die Anzahl der Bike&Ride-Stellplätze an den Übergängen zum Öffentlichen Verkehr von derzeit rund 28.000 auf mindestens 50.000 erhöht werden. An den drei großen Fernbahnhöfen (Hauptbahnhof, Pasinger Bahnhof und Ostbahnhof) ist die Kapazität mindestens zu verdreifachen und die Einrichtung von Fahrradservicestationen sowie automatischen Hoch- oder Tiefgaragen für Fahrräder zu planen und umzusetzen.
11. Für Stellplätze im öffentlichen Raum, z.B. vor Supermärkten oder anderen Stellen und Einrichtungen mit erhöhtem Bedarf wird die Umwandlung von KFZ-Stellplätzen in Fahrradstellplätze die Regel. Ziel ist bis 2020 stadtweit mindestens 3.000 neue Fahrradstellplätze durch die Umwandlung von Pkw-Parkplätzen einzurichten und damit das bisherige Angebot zu verdoppeln. An den größten Abstellanlagen sollen ergänzend öffentliche Fahrradservicestationen eingerichtet werden, die den Radlerinnen und Radlern Fahrradpumpen und Werkzeuge kostenlos zur Verfügung stellen.

Begründung:
Das gegenwärtige Fahrradnetz ist schon den aktuellen Ansprüchen und schon gar nicht dem Ziel eines auf 25% erhöhten Radverkehrsanteils gewachsen. Daher muss es in allen seinen Bestandteilen erweitert und verbessert werden. Besondere Bedeutung kommt der Trennung von schnellen und langsamen Radlern zu. So ist im Radverkehr die Geschwindigkeitsspanne (10 – 30 km/h = Faktor 3) höher als bei allen anderen Verkehrsmitteln im Stadtverkehr und führt zu unterschiedlichen Bedürfnissen von schnell und langsam fahrenden Radlerinnen und Radlern.

Dabei ist zur Vermeidung von ewig langen Planungszeiträumen, zur Kosteneinsparung und im Sinne einer besseren Bürgerbeteiligung vermehrt mit Verkehrsversuchen zu arbeiten, die konkrete Planungen im Rahmen von Provisorien zeitnah und befristet für die Verkehrsteilnehmer und die Bürger visualisiert und erfahrbar macht. Die Erfahrungen werden dann abgefragt und fließen in die spätere endgültige Realisierung ein.

Nur durch eine konsequente Ausdehnung auch des Angebots an hochwertigen Fahrradabstellmöglichkeiten, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum, lässt sich das Fahrrad als gleichwertiges Verkehrsmittel und attraktive Alternative zum Pkw

komfortabel und sicher in Quell- und Zielnähe abstellen. Die Umwidmung eines einzigen Autoparkplatzes schafft dabei Platz für 8 bis 10 Fahrräder, so dass der wertvolle öffentliche Raum durch Radlstellplätze deutlich effektiver genutzt wird.

Besondere Bedeutung hat dabei eine attraktive Schnittstelle zum Öffentlichen Verkehr. Oft liegt das Hemmnis zur Fahrradnutzung aber schon an der Quelle zu Hause, weil viele Mieter oder Wohnungseigentümer nicht auf kürzestem Wege an ihre in schwer zugänglichen Fahrradkellern mit schweren Feuerschutztüren, verwinkelten Gängen und steilen Rampen versteckten Fahrräder herankommen. Hier sollen die aktuelle Fahrradabstellplatzsatzung der LHM und der Leitfaden zum Fahrradabstellen für Hauseigentümer und Hausverwaltungen durch die Verknüpfung mit finanziellen Anreizen z.B. in Form eines städtischen Förderprogramms stärker als bisher auch im Bestand in Wert gesetzt werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 07.05.2013

Antrag

Radlhauptstadt 2.0
III. Kommunikation und mehr Sicherheit für den Radverkehr!

1. Die bisherigen Kommunikationsmaßnahmen unter der etablierten Dachmarke "Radlhauptstadt München" werden fortgesetzt und ausgebaut. Im Rahmen der erweiterten Öffentlichkeitsarbeit im Radverkehr sollen erfolgreiche Maßnahmen fortgesetzt werden.
2. Zusätzliche Mittel sind für neue Ideen und Aktivitäten mit besonderem Servicecharakter bereitzustellen. Hierzu zählen beispielsweise die Einrichtung eines Münchner „Radlbüros" (Beschwerdemanagement) oder die Entwicklung von Einzelkampagnen zu den Themen „Schrottradentfernung" oder auch Verkehrssicherheit.
3. Das positive Image der "Radlhauptstadt München" sollte in das Stadt- und Tourismusmarketing integriert und stärker genutzt werden.
4. Als Budget für die erweiterte Öffentlichkeitsarbeit sind 90 Cent pro Einwohner und Jahr dauerhaft bereit zu stellen. Das entspricht in etwa 6% des Gesamtbudgets, das laut den Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans in einer Stadt wie München zur gesamten Radverkehrsförderung eingesetzt werden soll. Die restlichen 94% dienen der Verbesserung und dem Ausbau der Infrastruktur.
5. In Ergänzung zu den fortlaufenden Aktivitäten der Fahrradkampagne soll die Verwaltung ein Verkehrssicherheitskonzept entwickeln und umsetzen, das systematisch die wichtigsten Maßnahmen zu Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsarten berücksichtigt. Bei der Sicherheit für den Radverkehr wird darin ein besonderer Schwerpunkt gesetzt. Leitbild ist die „Vision Zero", wie sie z.B. der deutsche Verkehrssicherheitsrat fordert und in einigen Bundesländern und Städten bereits gilt. Ziel ist die Reduktion der Gesamtzahl der Schwerverletzten und Getöteten von 2014 - 2020 um 30%. Die begleitende Kommunikationskampagne transportiert als Kernbotschaft „Entspannt Mobil – sicher unterwegs!".

Begründung
Neben der Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur sind auch weiche Maßnahmen wie Information, Kommunikation und Marketing wichtige Grundbausteine zur erfolgreichen Förderung des Radverkehrs. Radfahren muss noch mehr als bisher Teil der Münchner Kultur werden. Daher soll die bisherige Öffentlichkeitsarbeit im Radverkehr im Rahmen der Radlhauptstadtkampagne dauerhaft auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Hierzu zählen beispielsweise der Internetauftritt (www.radlhauptstadt.de), die Printmaterialien im Radverkehr (z.B. der Münchner Radlkalender, die Radl-Sicherheitsbroschüre, die Broschüre Radlszene München, verschiedene Info-Flyer), die Messepräsenzen und die vielfältige Pressearbeit. Auch Aktivitäten und Veranstaltungen wie die Münchner Radlnacht, der Münchner Radlflohmarkt, die Münchner Radlaktionstage,

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

die Radl-Sicherheitschecks, die Radltouren für Neubürger und die “Schultournee - Check Dein Radl” kamen bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut an und wurden in oft überwältigender Zahl genutzt.

Die Verkehrssicherheitsarbeit in München befindet sich laut Unfallbericht der Polizei und dem jährlichen Verkehrssicherheitsbericht im Stadtrat grundsätzlich auf einem relativ guten Niveau. Eine Vielzahl von Akteuren setzen zahlreiche Maßnahmen um. Dabei lauert in der zunehmenden Schere aus steigendem Radverkehrsaufkommen und zu langsam mitwachsender Infrastruktur nach Ansicht aller Beteiligter ein enormes Verkehrssicherheitsrisiko. Die Münchner Polizei hat bereits im letzten Jahr den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur empfohlen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Die Stadt hat dazu bisher kein systematisches Konzept entwickelt. Potenziale zur Steigerung der Verkehrssicherheit liegen brach. Das beginnt schon beim Leitbild und der Zielsetzung. Letztlich werden die jährlichen Unfallzahlen zwar bedauert, aber akzeptiert. Andere Länder oder auch der deutsche Verkehrssicherheitsrat fordern die „Vision Zero“ als Leitbild. Das bedeutet nicht, dass man sich null Getötete und Schwerverletzte als (unrealistisches) Ziel setzt. Es bedeutet vielmehr, dass man sich mit den aktuellen Zahlen nicht zufrieden gibt und ständig und systematisch die eigene Arbeit und die Standards hinterfragt. Nach der Vision Zero folgt dann die eigentliche Festlegung des harten empirischen Ziels, z.B. der Reduktion der Unfallzahlen. In der Wissenschaft werden 30% weniger Getötete und Schwerverletzte als realistisches Ziel angesehen und sollte daher auch Ziel der LH München sein.

Ein systematisches Verkehrskonzept erhebt den „State of the Art“ der Verkehrssicherheitsarbeit, stellt Vergleiche mit Best Practise Städten und deren Sicherheitskonzepten an, sucht systematisch nach Verbesserungspotenzialen und bewertet diese. Stichworte sind systematische, vertiefte Auswertungen des Unfallgeschehens und der Unfallakten, ein Sicherheitsaudit von Straßen, die regelmäßige Durchführung von Verkehrsschauen, Entschleunigung des Verkehrs, Stand der Regeleignung und Regeleinhaltung oder auch die Frage, ob die Verwaltung über die Ressourcen und die Strukturen verfügt, um dieser Aufgabe in angemessener Weise gerecht zu werden.

Nachdem im Verkehr alles miteinander zusammenhängt, erfordert die Erhöhung der Verkehrssicherheit für den Radverkehr ein systematisches, alle Verkehrsarten integrierendes Konzept. Dennoch sollte für den Radverkehr ein Schwerpunktprogramm aufgelegt werden, das neben harten Maßnahmen auch eine Kommunikationskampagne beinhaltet deren Leitbotschaft „Entspannt Mobil“ den Kern des Miteinanders im Verkehr kommuniziert.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 07.05.2013

Antrag

Radlhauptstadt 2.0
IV: Alles aus einer Hand - Das Fahrrad ins Mobilitätspaket!

1. Die Verwaltung legt ein Konzept vor, wie das Angebot im Radverkehr grundsätzlich auch in multimodale (verkehrsmittelübergreifende) Angebote integriert werden kann, mit dem Ziel, den privaten Fahrzeugbesitz überflüssig zu machen. Sie berichtet dem Stadtrat bis zum Jahr 2015 mit konkreten Vorschlägen für die Umsetzung. Dies beginnt bei systematischen, verkehrsmittelübergreifenden Informationen (Mobilitätsmanagement) und endet bei multimodalen Produkten und Angeboten im Vertrieb, wie z.B. dem Münchner Mobilitätspaket. Beim Münchner Mobilitätspaket, das durch den Erwerb z.B. einer „Mobility Card“ genutzt werden kann, sollen Bürgerinnen und Bürger, Gäste und Unternehmen durch eine einzige Kaufentscheidung automatisch sämtliche Verkehrsmittel des Umweltverbunds (ÖPNV, Car Sharing, Bike Sharing, Fahrgemeinschaftsdienste, etc.) spontan und flexibel nutzen können. Geprüft und getestet werden soll auch, wie die multimodalen Angebote im öffentlichen Raum durch Mobilitätsstationen physisch sicht- und nutzbar gemacht werden können, z.B. in dem auf umgewandelten Pkw-Stellplätzen wohnortnah CarSharing Fahrzeuge, Bike-Sharing Räder sowie übertragbare Bürgertickets für den ÖPNV zur Nutzung bereitgestellt werden.
2. Ergänzend zu diesen multimodalen Mobilitätsstationen soll die Landeshauptstadt München in enger Kooperation und Abstimmung mit den öffentlichen Verkehrsanbietern (MVV, MVG und CarSharing-Anbietern) bis zum Jahr 2015 ein Konzept für ein modernes, öffentliches Fahrradverleihsystem entwickeln und umsetzen. Dieses Radlverleihsystem soll stationsbasiert (feste Stellplätze und Infostehle) auch über den Mittleren Ring hinaus betrieben werden und mindestens 5.000 Fahrräder bereitstellen. Die dafür benötigten schätzungsweise 400 Stationen sollen im öffentlichen Straßenraum errichtet und dafür Kfz-Stellplätze umgewandelt werden. Das Angebot des Systems soll sich sowohl an Touristen und Besucher als auch an Einheimische (Berufspendler, Studenten, spontane Nutzer, städtische Mitarbeiter, etc.) richten. Die Nutzung des Fahrradverleihsystems soll in den ersten 30 Min. einer jeden Fahrt kostenfrei sein und in die Tarifstruktur der öffentlichen Verkehrsmittel integriert werden. Wenn möglich, sollen in das Angebot des Verleihsystems neben “klassischen” Fahrrädern auch Pedelecs und Lastenräder integriert werden. Neben den öffentlichen Verkehrsanbietern werden auch interessierte Firmen, die für ihre Mitarbeiter und Kunden auf oder in der Nähe ihres Betriebsgeländes eine Station einrichten wollen und städtische Dienststellen in die Konzeptentwicklung mit einbezogen. Das System könnte ggf. auch weitgehend die städtischen Diensträder ersetzen.

Begründung:
Auf dem Münchner Mobilitätsmarkt existiert bereits eine Vielzahl an unterschiedlichen

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Angeboten. Gerade im Bereich der öffentlichen Leihsysteme wie Fahrradverleih und CarSharing, aber auch im öffentlichen Nahverkehr, gibt es viele neue und innovative Angebote, die ständig erweitert und ergänzt werden. Darüber muss informiert werden. Die Angebote müssen einfach und aus einer Hand erwerbbar sein. Und sie müssen leicht in Wohnortnähe oder auch unterwegs nutzbar sein.

Das von den Münchner Grünen bereits im Jahr 2006 auf den Weg gebrachte Mobilitätsmanagementprogramm "München-Gscheid Mobil" bietet schon heute eine ideale Informations-, Beratungs- und Motivationsplattform, ist allerdings bisher auf wenige Zielgruppen beschränkt und sollte daher systematisch und flächendeckend ausgebaut werden.

Eine übergreifende Mobilitätskarte für den ÖPNV, CarSharing und Leihfahrräder, ein einfaches, verständliches und familienfreundliches Tarifsystem sowie wohnortnahe Mobilitätsstationen sind neue überfällige Bausteine, die einen großen Beitrag zum Umstieg auf den Umweltverbund leisten. Nicht zuletzt rechtfertigen sie durch das verbesserte Angebot die Reduktion der Stellplatzauflagen beim Wohnungsbau und liefern somit auch einen Beitrag für mehr, kostengünstigeren und platzsparenderen Wohnungsbau in München.

Derzeit gibt es in München innerhalb des Mittleren Rings zwei privat betriebene öffentliche Fahrradverleihsysteme: Neben dem System „Call a Bike" mit aktuell ca. 1.100 Rädern, das bereits im Jahr 2000 eingeführt wurde und seit dem Jahr 2001 von der Deutsche Bahn AG betrieben wird, bietet seit Juni 2011 auch die Firma „nextbike" ca. 500 Leihfahrräder im Innenstadtbereich an. Beide Systeme werden ohne feste Stationen (Stellplätze + Infostehle fehlen) im öffentlichen Raum betrieben und durch die Landeshauptstadt München finanziell nicht unterstützt. Die positiven Erfahrungen aus zahlreichen anderen europäischen Städten sowie die ersten Ergebnisse aus dem Modellversuch „Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zeigen aber, dass moderne Fahrradverleihsysteme einen wichtigen Baustein zur Erweiterung der multimodalen Angebotspalette im öffentlichen Verkehr darstellen. Die Attraktivität und damit auch der Erfolg moderner Verleihsysteme hängen dabei maßgeblich von der Qualität und Dichte des Angebots an Fahrrädern ab. Die beiden derzeit vorhandenen Systeme sind technisch nicht mehr auf dem neusten Stand und vor allem deutlich zu klein, um als echte Ergänzung im öffentlichen Verkehrssystem erfolgreich fungieren zu können. Beide Systeme werden ohne feste Stationen betrieben, da von Seiten der Stadt bisher keine Flächen dafür im Straßenraum zur Verfügung gestellt werden. Für ein erfolgreiches und zeitgemäßes Fahrradverleihsystem in München muss daher von Seiten der Stadt neben finanziellen Ressourcen vor allem Platz für Stationen bereitgestellt werden, der durch eine Umverteilung des Straßenraums gewonnen werden soll.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Paul Bickelbacher
Sabine Nallinger
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

FDP
FRAKTION IM
MÜNCHNER
STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

07.05.2013

Antrag Nr.:
Attraktivere Pausenhöfe an Münchner Schulen

Der Stadtrat möge beschließen:

- Die Landeshauptstadt München lädt noch im Jahr 2013 alle Münchner Schulen zum Wettbewerb „Der attraktive Pausenhof“ ein. Die Schulen erhalten die Möglichkeit, konkrete Vorschläge zur Verbesserung des eigenen Pausenhofs einzubringen.
- Prämiert werden von jeder Schulart (Grund-, Förder-, Mittel- und Realschulen sowie Gymnasien und Berufsbildende Schulen) je drei Vorschläge.
- Die Verwaltung wird gebeten, die prämierten Vorschläge zeitnah umzusetzen.
- Vorschläge, die sich als besonders sinnvoll erweisen und einfach umgesetzt werden können, sollen auch an Schulen umgesetzt werden, die nicht prämiert wurden.

Begründung:
Anlässlich der 40-Jahr-Feier des Münchner Kinderschutzbundes haben Kinder Ideen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation für Kindern in der Stadt gemacht. Dabei wurde über 50 mal bemängelt, in welchem trostlosen und wenig kinderfreundlichen Zustand die Pausenhöfe an Münchner Schulen sind. Die FDP setzt sich für die eigenverantwortliche Schule ein.
Deshalb ist es sinnvoll, Ideen von Schülern, Eltern und Lehrern an den einzelnen Schulen anzufordern und in einem Wettbewerb zu prämieren. Ideen und Vorschläge sind dabei nur der erste Schritt. Wichtig ist uns, dass die besten Vorschläge verwirklicht werden und dass sich möglichst an vielen Münchner Schulen die Situation der Pausenhöfe verbessert.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Christa Stock
Stadträtin

Fraktion
„Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI“

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 6. Mai 2013

ANFRAGE

Keimbelastung im Trinkwasser in der Wohnanlage Helsinkistraße 21-25 in der Messestadt West

Nach Informationen von Anwohnern der o.g. Wohnanlagen aus der Messestadt West klagen die dortigen Bewohner kontinuierlich über Durchfallerkrankungen. In einer privat in Auftrag gegebenen Untersuchung des Trinkwassers stellte sich nun heraus, dass die Keimbelastung des Trinkwassers über den zulässigen Grenzwerten liegen würde.

Daher fragen wir den Herrn Oberbürgermeister:

1) Welche aktuellen Erkenntnisse und Messwerte liegen der LH München über die Qualität des Trinkwassers in den Wohnanlagen der Messestadt West vor?
   a) Wie hoch ist insbesondere die Keimbelastung im Verhältnis zu den zulässigen Grenzwerten?
   b) Von wann sind die betreffenden Untersuchungen und wie regelmäßig wird Wasserqualität überprüft?
2) Wenn keine aktuellen, d.h. längstens aus dem Zeitraum Januar bis April 2013, Messwerte zur Trinkwasserqualität vorliegen, wann ist geplant hierzu eine Qualitätsprüfung vorzunehmen?
3) Wie ist generell die Trinkwasserversorgung und insbesondere die Aufbereitung der Warmwasserversorgung für den Bereich der Wohnanlagen in der Messestadt West geregelt?
4) Inwieweit kann ausgeschlossen werden, dass ggf. weitere Wohnobjekt in der Messestadt West in der LH München von einer erhöhten Keimbelastung betroffen sind?

gez.

Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Richard Progl, Tobias Ruff, Ursula Sabathil

Fraktion „Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI“
80331 München ● Rathaus, Marienplatz 8 ● Sekretariat: Zimmer 116
Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66 ● Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70

Fraktion
„Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI“

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 6. Mai 2013

A N F R A G E

Funktionsfähigkeit von Rolltreppen in U- und S-Bahnhöfen sicherstellen

In jüngster Vergangenheit müssen nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Besucher der Stadt München leider immer wieder feststellen, dass die von der MVG bereitgestellten Rolltreppen in einigen der U- und S-Bahnhöfen in der Landeshauptstadt nicht funktionsfähig sind.

Dies ist zum Beispiel auch regelmäßig am Marienplatz ,am Stachus und an der Universität (LMU) der Fall, die zu den am meisten frequentierten U- und S-Bahnhöfen in München zählen.

Nicht nur für ältere oder körperlich eingeschränkte Fahrgäste, sind die von der MVG bereitgestellten Rolltreppen von entscheidender Bedeutung, sondern auch für Touristen mit schwerem Gepäck und Mütter mit Kinderwagen. Umso erstaunlicher ist es, dass es an diesen hoch frequentierten Bahnhöfen immer wieder zu Ausfällen der Rolltreppen kommt, die keineswegs durch die geringe Anzahl an Aufzügen kompensiert werden können.

Aus Verantwortung gegenüber den Fahrgästen muss sich die Landeshauptstadt München dieses Themas annehmen, um ihrem Ruf als barrierefreie und touristenfreundliche Stadt weiterhin gerecht zu werden.

Daher fragen wir den Herrn Oberbürgermeister:

1) Wie hoch ist die Anzahl der Rolltreppen, die in den vergangenen sechs Monaten nicht funktionsfähig waren?
2) Wie hoch ist die Anzahl der Rolltreppen, die derzeit aufgrund technischer Probleme oder Wartungsarbeiten nicht funktionsfähig sind?
3) Welche U- und S-Bahn Stationen im Verkehrsnetz der MVG waren und sind davon, unter besonderer Berücksichtigung des Stadtzentrums, betroffen?
4) Welche Alternativen stellt die MVG den Betroffenen im Falle technischer Pannen oder Wartungsarbeiten als erleichterte Transportmöglichkeit zur Verfügung?

gez.

Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Tobias Ruff, Richard Progl, Ursula Sabathil

Fraktion „Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI“
80331 München ● Rathaus, Marienplatz 8 ● Sekretariat: Zimmer 116
Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66 ● Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70

Stadträte

Ursula Sabathil – Johann Altmann – Dr. Otto Bertermann – Richard Progl

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 6. Mai 2013

ANTRAG

Beleuchtung der Mae West am Effnerplatz

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, zu prüfen, ob die Skulptur „Mae West“ am Effnerplatz nachts beleuchtet werden kann.

Begründung:

Die von der Künstlerin Rita McBride entworfene Skulptur hat sich seit ihrer Fertigstellung im Januar 2011 neben den „klassischen“ Touristenattraktionen Münchens langst zu einem kulturellen Wahrzeichen der Landeshauptstadt entwickelt.

Die Beleuchtung von Kunstwerken, historischen Gebäuden und moderner kultureller Wahrzeichen ist weltweit Gang und Gäbe.

Auch die Landeshauptstadt München sollte ihrem Ruf als weltoffene und touristenfreundliche Kulturstadt in diesem Fall gerecht werden und sich einer solchen Maßnahme nicht verschließen. Das Kunstwerk nachts zu bestimmten Zeiten zu beleuchten, würde das kulturelle Gesicht der Stadt bereichern und ist daher unbedingt in Erwägung zu ziehen.

gez.

Ursula Sabathil, e.a. Stadträtin, Initiatorin

und e.a. Stadträte

Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Richard Progl

Initiatorin: Ursula Sabathil, e.a. Stadträtin der Landeshauptstadt München
80331 München ● Rathaus, Marienplatz 8 Zimmer 116
+49 (0) 89 / 233 – 27546 ● +49 (0) 89 / 233 – 207 70 ursula.sabathil@muenchen.de

FREIE WÄHLER

BAYERNPARTEI

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
07.05.2013

München wird aktiv: Heimatlandprinzip statt Massenzuwanderung!

Der Stadtrat beschließt: Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister, wirbt beim Freistaat und beim Bund dafür, sich auf europäischer Ebene für eine Novelle der EU-Freizügigkeitsrichtlinie zu verwenden, die künftig das „Heimatlandprinzip“ statt des bisher geltenden „Wohnsitzlandprinzips“ in der europäischen Sozialgesetzgebung festschreibt.

Begründung:

Sogar Politiker der etablierten Parteien haben das Problem inzwischen erkannt: die wachsende sogenannte „Armutszuwanderung“ aus ost- und südosteuropäischen EU-Ländern droht die bundesdeutschen Kommunen in jeder Beziehung zu überfordern. Auf diese Entwicklung hat u.a. der Deutsche Städtetag in seinem Positionspapier zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vom 22.01.2013 mit erfreulich deutlichen Worten aufmerksam gemacht. In dem Papier wird u.a. ausgeführt:

„Offiziell gemeldet wanderten aus Bulgarien und Rumänien 2007 noch 64.158 Menschen ein, 2011 betrug diese Zahl schon 147.091 Personen. Bereits jetzt steht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fest, dass im ersten Halbjahr 2012 die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien um 24 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, nämlich auf rd. 88.000 Zuzüge. Hierbei handelt es sich nur um die Zahl der offiziell gemeldeten Personen, Schätzungen zur Dunkelziffer bleiben hier unberücksichtigt. (...) Diese Zuwanderung stellt die Zielstädte vor enorme Herausforderungen. (...) Die Stadtgesellschaft ist mit Umfang und vielfältigen Folgen dieser Armutswanderung überfordert. Das Gefährdungspotential für den sozialen Frieden in den Quartieren ist enorm.“ (Quelle: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/positionspapier_dst_zuwanderung.pdf; abgerufen: 07.05.2013, 03.15 Uhr).

b.w.

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de

Auch Fachleute wie der nordrhein-westfälische „Integrationsminister“ Guntram Schneider (SPD) prognostizieren (etwa laut „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.02.2013) gravierende soziale und finanzielle Folgen. In den vom Massenzuzug betroffenen Stadtteilen deutscher Kommunen verschärfen sich laut FASZ schon jetzt „Prostitution, Kriminalität, das Agieren von Schlepperbanden und Schwarzarbeit“.

Von Januar 2014 an werden sogenannte „Armutsflüchtlinge“ aus Südosteuropa, bei denen es sich realiter zum Gutteil um Angehörige der Roma- und Sinti-Minderheit handelt, vollen Zugriff auf bundesdeutsche Sozialleistungen haben, was die Attraktivität der Bundesrepublik als Zielland weiter verstärken wird – mit „unglaublichen Folgen“, wie der NRW-Integrationsminister warnt. Gerade auf größere Städte wie München kämen künftig Mehrausgaben zwischen 15 und 16 Millionen Euro pro Jahr zu.

Auch der Chef des Münchner ifo-Instituts, Prof. Hans-Werner Sinn, warnt mit Blick auf die künftige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen vor der drohenden Erosion des deutschen Sozialstaates. Unter der Überschrift „Neue Wanderung“ diagnostizierte Sinn dieser Tage, am 03.05., in den ifo-Hausmitteilungen: „Deutschland erlebt derzeit einen Immigrationssturm, der an die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung erinnert. (...) Eine solche Form der Migration wird unweigerlich zur Erosion des deutschen Sozialstaates führen (...).“ (Zit. nach: „ifo Standpunkt Nr. 145: Neue Wanderung“, 03.05.2013, http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/policy/Viewpoints/Standpunkte-Archiv/stp-2013/Ifo-Viewpoint-No--145--New-Migration.html; abgerufen: 07.05.2013, 03.37 Uhr).

Um die sich abzeichnende Situation zu entschärfen, schlägt der ifo-Chef vor, das bisher in der europäischen Sozialgesetzgebung verankerte „Wohnsitzlandprinzip“ durch das „Heimatlandprinzip“ zu ersetzen. Sinn wörtlich:

„Die EU-Idee einer Inklusion der Bedürftigen nach den Regeln des Wohnsitzlandprinzips ist mit der Fortexistenz des Sozialstaates alter Prägung nicht vereinbar. Nur das Heimatlandprinzip kann funktionieren. Das bedeutet: Wer Sozialhilfe von einem EU-Land bezieht, kann sein Geld in jedem beliebigen EU-Land seiner Wahl ausgeben, und sei es auf Mallorca oder den Kanaren. Er hat aber nicht das Recht, die Hilfe von seinem Gastland zu verlangen, sondern muss sich an sein Heimatland wenden, das ja dem Sozialstaatsgebot der EU verpflichtet ist. (...) Hätten wir heute das Heimatlandprinzip in der EU, käme es nicht zu Armutswanderungen in den Sozialstaat. Für eine Novelle der EU-Freizügigkeitsrichtlinie ist es allerhöchste Zeit.“ (Zit. nach: ebd.)

Die ifo-Anregung wird sicherlich auch auf Landes- und Bundesebene mit Interesse aufgenommen worden sein – haben doch etwa der bayerische und der Bundesinnenminister vor dem Hintergrund der anschwellenden „Armutszuwanderung“ in den letzten Monaten wiederholt erklärt, sich auf europäischer Ebene z.B. für eine Aussetzung der Schengen-Reisefreiheit für Rumänen, Bulgaren und andere Südosteuropäer verwenden zu wollen (allerdings offenbar ohne bislang dabei Erfolge verzeichnen zu können). Hier bedarf es augenscheinlich beherzten Zuredens und vernehmlicher öffentlicher Unterstützung, für deren Artikulation eine Millionenmetropole wie die bayerische Landeshauptstadt geradezu prädestiniert ist.

Der Stadtrat sollte den Oberbürgermeister deshalb mit dem Auftrag ausstatten, sich mit dem ganzen Gewicht seines Amtes auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, daß die vom ifo-Chef angeregte Novellierung der EU-Freizügigkeitsrichtlinie auch tatsächlich vorgenommen wird. Der Oberbürgermeister würde damit selbstverständlich auch im wohlverstandenen Interesse der Münchnerinnen und Münchner handeln, die mit den Folgen der anwachsenden „Armutszuwanderung“ schon jetzt konfrontiert sind. Der Münchner OB sollte sich später nicht vorhalten lassen müssen, er habe mit seinem Engagement zu lange gezögert.

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 7. Mai 2013

Ab Donnerstag: sieben Freibäder geöffnet
Pressemitteilung SWM

Münchens modernstes Herzkatheterlabor am Klinikum Harlaching
Pressemitteilung Städtisches Klinikum München

Zehn Jahre TEMPiS im Klinikum Harlaching
Pressemitteilung Städtisches Klinikum München

Alles Gute zum Geburtstag, lieber Ludwig!
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Ab Donnerstag: sieben Freibäder geöffnet

(7.5.2013) Schyrenbad und „Prinze“ haben am 1. Mai den Auftakt gemacht, nun starten die nächsten fünf Freibäder in die diesjährige Sommersaison. Ab Donnerstag, 9. Mai (Christi Himmelfahrt), laden auch Bad Georgenschwaige, Freibad West, Michaeli-Freibad, Dantebad und Ungererbad zum Schwimmen, Sonnen, Erholen und Herumtollen ein.

Aufgrund des langen Winters und des dadurch verzögerten Wachstums der Pflanzen im Aufbereitungsteich öffnet das Naturbad Maria Einsiedel seinen grün schimmernden Badesee voraussichtlich erst gegen Ende Mai.

Die Öffnungszeiten der Freibäder im Überblick

Mai mit September	9 bis 18 Uhr
Mai mit August an heißen Tagen	9 bis 20 Uhr

Dante-Stadionbereich

täglich außer mittwochs	7.30 bis 23 Uhr
mittwochs Frühschwimmer	7 bis 23 Uhr

Prinzregentenbad

freitags Frühschwimmer	ab 7 Uhr

Die Eintrittspreise in der Sommersaison 2013

Tageskarte Erwachsene 3,80 Euro, Kinder und Jugendliche 2,80 Euro, Kinder unter 6 Jahren freier Eintritt. Mit der M-Bäderkarte erhält man einen Preisvorteil von bis zu 20 Prozent auf den Eintrittspreis – und man kann ohne lästiges Anstehen an der Kasse ins Badevergnügen starten.

Hinweis: Bildmaterial zu den M-Freibädern kann unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

> Städtisches Klinikum München

Presseinformation

Münchens modernstes Herzkatheterlabor am Klinikum Harlaching

Geschäftsführung
Marketing & Kommunikation

Leitung: Matthias Winter

Doro Bitz-Volkmer
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (089) 5147-6811
Fax (089) 5147-6813

Doro.Bitz-Volkmer
@klinikum-muenchen.de

www.klinikum-muenchen.de
presse.klinikum-muenchen.de

München, 7. Mai 2013. Nach erfolgreicher Probephase nimmt die Klinik für Kardiologie und Internistische Intensivmedizin unter Chefarzt Prof. Dr. Harald Kühl sein neues, hochmodernes Herzkatheterlabor in Betrieb.

Der große Vorteil des neuen Gerätes: Es verfügt über eine perfekte Bildqualität bei minimaler Strahlendosis. „Mit einem 56-Zoll-Monitor, der über 500 Bildparameter in optimaler Qualität darstellt, haben wir stets das gesamte Geschehen unter Kontrolle“, erklärt Prof. Kühl. Doch nicht nur dies bedeutet ein Plus an Sicherheit für den Patienten: „Aufgrund neuester, hochmoderner Technologie lässt sich die Strahlendosis für Patient und Arzt sehr gering halten (50 Prozent weniger im Vergleich zu bisherigen, modernen Geräten) und außerdem individuell auf die einzelnen Organe abstimmen“, ergänzt der Chefarzt.

Durch ein neues Bildarchivierungssystem ist überdies die Zusammenarbeit mit der Herzchirurgie im Klinikum Bogenhausen deutlich verbessert worden, da die Bilder sofort digital über das Netz verschickt werden und nicht wie bisher auf einer CD versendet werden müssen. Daher kann der Rat des Chirurgen jetzt viel schneller eingeholt werden.

Im großzügigen Labor ist darüber hinaus Platz genug um weitere Endgeräte, wie etwa Ultraschallgeräte, an den Monitor anzuschließen. So können komplexe Eingriffe, wie das Mitralclipping oder der Vorhofohrverschluss, mit größtmöglicher Sicherheit durchgeführt werden. Auch für die Notfallbehandlung von akuten Infarktpatienten bietet das Labor eine ideale technische und räumliche Ausstattung.

Der Bereich, in dem die Patienten auf die Untersuchung warten und aus dem sie wieder abgeholt werden, wurde zudem großzügig gestaltet. Getrennte Abteile mit Überwachungsmöglichkeit bieten einen erhöhten Komfort für die Patienten.

Bildmaterial:

Optimale Sicherheit für Patienten: Der große 56-Zoll-Monitor ermöglicht eine perfekte Sicht auf die Herzuntersuchung. Zusätzlich liefert das angeschlossene Ultraschallgerät (im Bild ganz links) den aktuellen Herzklappenbefund. Sowohl für die Patientin als auch für den behandelnden Kardiologen (im Bild Prof. Harald Kühl) und seine pflegerische Assistentin ist die Strahlendosis des neuen Herzkatheters um die Hälfte geringer, als bei herkömmlichen Geräten.

Auch im Wartebereich sorgen Überwachungsmonitore für Sicherheit der Patienten. Trennwände bieten ihnen eine geschützte Atmosphäre.

Prof. Dr. Harald Kühl, Chefarzt der Klinik für Kardiologie und Internistische Intensivmedizin

Das Bildmaterial kann unter http://presse.klinikum-muenchen.de heruntergeladen werden. Quelle: Städtisches Klinikum München/Guido Krzikowski

Klinikkontakt:
Sekretariat der Klinik für Kardiologie und Internistische Intensivmedizin
Telefon: (089) 6210-2780, Telefax: (089) 6210-2782
E-Mail: kardiologie.kh@klinikum-muenchen.de

Das **Klinikum Harlaching** ist – neben den Klinika Bogenhausen, Neuperlach, Schwabing und der dermatologischen Fachklinik in der Thalkirchner Straße – einer von fünf Standorten der Städtisches Klinikum München GmbH. Jährlich werden insgesamt rund 160 000 Menschen versorgt, davon etwa 90 Prozent als vollstationäre Patienten. Die Bettenkapazität liegt bei 3400; gut 80 Prozent der circa 8500 Mitarbeiter aus über 70 Ländern sind im ärztlichen oder pflegerischen Bereich beschäftigt.

städtisches
> Klinikum München

> Städtisches Klinikum München

Presseinformation

Zehn Jahre TEMPiS im Klinikum Harlaching

Am 7. Mai feiert das telemedizinische Netzwerk zur Schlaganfallbehandlung „TEMPIS“ sein zehnjähriges Bestehen. Seit 2003 werden jährlich über 7 000 Schlaganfallpatienten in Kooperation mit 15 regionalen Kliniken in Süd-Ost-Bayern behandelt. Für die Bevölkerung in der ländlichen Region bedeutet dies eine enorme Verbesserung ihrer medizinischen Versorgung und eine Angleichung an Patienten in der Großstadt.

Geschäftsführung
Marketing & Kommunikation

Leitung: Matthias Winter

Doro Bitz-Volkmer
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (089) 5147-6811
Fax (089) 5147-6813

Doro.Bitz-Volkmer
@klinikum-muenchen.de

www.klinikum-muenchen.de
presse.klinikum-muenchen.de

München, 6. Mai 2013. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der telemedizinischen Schlaganfallversorgung „TEMPiS“ findet am Dienstag, 7. Mai, im Hotel Maritim in München ein Festakt statt. Die Vorsitzende der Geschäftsführung des Städtischen Klinikums München, Dr. Elizabeth Harrison, wird ein Grußwort sprechen. Ebenso haben sich namhafte Referenten des Gesundheitswesens angekündigt, um die Bedeutung des Schlaganfallnetzwerkes hervorzuheben.

„Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen bestätigen die außerordentliche Leistung von ‚TEMPiS’ und haben der Einrichtung als Vorreitermodell auch zu internationalem Renommee verholfen“, erklärt der Leiter von „TEMPiS“ im Klinikum Harlaching, Dr. Peter Müller-Barna.

Rund 250 000 Menschen erleiden jährlich in Deutschland einen Schlaganfall. Damit ist der Hirninfarkt die dritthäufigste Todesursache. Etwa eine Million Betroffene tragen zeitlebens gravierende Behinderungen davon.

Wer einen Schlaganfall in einer Großstadt wie München erleidet, hat die Chance, in einer der vier etablierten Schlaganfalleinheiten, den so genannten Stroke Units, behandelt zu werden. Diese Spezialstationen können mit Sofortmaßnahmen, wie der medikamentösen Auflösung des Blutgerinnsels (Lyse) oder einer Wiedereröffnung des Gefäßes mittels Katheter, Folgeschäden deutlich verringern. In den Krankenhäusern in den ländlichen Gebieten fehlt oftmals das nötige Spezialwissen, um rasch geeignete Maßnahmen einzuleiten. Um hier eine Brücke in der Versorgung zu bauen, wurde vor zehn Jahren im Klinikum Harlaching, unter der Leitung des Chefarztes der neurologischen Abteilung, Prof. Roman Haberl, das telemedizinische Schlaganfallnetzwerk „TEMPiS“ gegründet.

Mittlerweile können 15 Partnerkliniken per Videoschaltung ihre Schlaganfallpatienten den Fachkollegen in Harlaching und der Universität Regensburg rund um die Uhr vorstellen. Die Schlaganfallexperten können noch in der Notaufnahme den Patienten direkt befragen und ihn zusammen mit dem Arzt vor Ort neurologisch untersuchen.

So profitierte am 29. April 2013 ein 45-jähriger Patient, der mit einer schweren Sprachstörung in das Klinikum Freising eingeliefert wurde von einem Telekonsil mit den Schlaganfall-Experten in Harlaching. Ein sofort durchgeführtes Computertomogramm ergab, dass es sich nicht um eine Blutung, sondern um ein Gerinnsel handelte. „Binnen 40 Minuten wurde unter Anleitung des Harlachinger

Experten eine Lyse eingeleitet, die das Blutgerinnsel auflöste, so dass der Patient nach zwei Stunden wieder normal sprechen und drei Tage später wieder entlassen werden konnte“, berichtet TEMPiS-Leiter Peter Müller-Barna.

In den vergangenen zehn Jahren wurden über 33 000 Telekonsile und mehr als 3 200 systemische Lysetherapien durchgeführt. Damit liegt die Lyserate bei 15,5 Prozent aller durch Blutgerinnsel verursachten Schlaganfälle.

„Für die Bevölkerung in der ländlichen Region hat sich die medizinische Versorgung von Schlaganfällen damit enorm verbessert“, betont Peter Müller-Barna. „Dank der telemedizinischen Versorgung sind sie nun Patienten in der Großstadt gleichgestellt.“

Klinikkontakt:
Dr. Peter Müller-Barna, Neurologischer Oberarzt und Leiter TEMPIS
Klinik für Neurologie und Neurologische Intensivmedizin
Telefon: (089) 6210-2259, Telefax: (089) 6210-3488
E-Mail: Peter.Mueller-Barna@klinikum-muenchen.de

Das **Klinikum Harlaching** ist – neben den Klinika Bogenhausen, Neuperlach, Schwabing und der dermatologischen Fachklinik in der Thalkirchner Straße – einer von fünf Standorten der Städtisches Klinikum München GmbH. Jährlich werden insgesamt rund 160 000 Menschen versorgt, davon etwa 90 Prozent als vollstationäre Patienten. Die Bettenkapazität liegt bei 3 400; gut 80 Prozent der circa 8 500 Mitarbeiter aus über 70 Ländern sind im ärztlichen oder pflegerischen Bereich beschäftigt.

Presse-Mitteilung

Alles Gute zum Geburtstag, lieber Ludwig!

Hellabrunns jüngster Elefantenbulle wird zwei Jahre alt

Ludwig, Asiatischer Elefant und echter bayrischer Schlawiner, steht heute im Rampenlicht: Hellabrunn feiert seinen 2. Geburtstag! Als erster Nachwuchs von Elefanten-Dame Temi erblickt er am 6. Mai 2011 das Licht der Welt. Schnell avanciert er zum Publikumsliebling und Herzensbrecher Hellabrunns. Kein Wunder: Er ist immer zu Späßchen aufgelegt, nie einem spritzigen Wasserbad abgeneigt und sorgt oft für unterhaltsame Szenen, wenn er seiner Lieblingsbeschäftigung nachgeht. Diese heißt: Tante Panang ärgern, am liebsten durch Pieken mit seinen kleinen Stoßzähnen.

Mittlerweile bringt Ludwig 920 Kilogramm auf die Waage. Sein Geburtsgewicht waren gerade einmal 117 Kilogramm bei 95 Zentimeter Körpergröße. Und was frisst er wohl am liebsten? Als waschechter Münchner gibt es für ihn nur eine wahre Leibspeise: Brezen! Die bekommt er natürlich nur zu ganz besonderen Anlässen. An normalen Tagen frisst er vor allem Gräser, Blätter, Rinde, Weichholz und Früchte.

Doch heute ist kein normaler Tag: Versteckt hinter einem kleinen Bambuswald findet der aufgeregte Ludwig sein Geburtstagsgeschenk, ein stattliches Paket mit einer großen blauen Schleife. Er freut sich riesig und stürzt sich darauf. Appetitlich verpackt gibt es zur Feier des Tages frischen Bambus, gleich nach der Breze das zweitliebste Gericht des kleinen Elefantenbullen.

Zoodirektor Dr. Andreas Knieriem bemerkt schmunzelnd: „Unser Ludwig war von Anfang an ein ganz Gewiefter. Schon vier Minuten nach seiner Geburt stand der kleine Bulle. Und heute, im Alter von zwei Jahren, steht er den Großen in fast nichts mehr nach. Beim täglichen Training macht er alles mit, das seine Mama und Tanten können: zum Beispiel auf Kommando den Rüssel heben oder sich hinlegen.

Ich muss zugeben, dass er auch bei mir ganz klar in der Top Ten meiner Hellabrunner Lieblingstiere steht!“

Mit zwei Monaten - ungewöhnlich früh für Elefantenbabys - beginnt der kleine Bulle, außer Muttermilch auch feste Nahrung wie Obst und Gemüse zu fressen. Im Alter von zweieinhalb Monaten wird Ludwig von den Zuschauern des Bayerischen Fernsehens zum „süßesten Tierbaby Bayerns“ gewählt. Mit sieben Monaten wird der Elefantenbulle auf den Namen „Ludwig“ oder liebevoll „Wiggerl“ getauft. Der kleine Elefantenbulle wird sicherlich noch viel von sich reden machen.

Hintergrund-Infos zu den Hellabrunner Elefanten:

Die Asiatischen Elefanten werden von den Tierpflegern im direkten Kontakt, der sogenannten „Hands-on-Methode“, betreut. Beim täglichen Training erlernen die Elefanten verschiedene Kommandos, zum Beispiel sich hinzulegen oder den Fuß zu heben. Diese Fertigkeiten helfen bei der Durchführung von medizinischen Maßnahmen oder auch der Fußpflege.

Ordnung: Rüsseltiere; **Familie:** Elefanten

Lebensraum: Regen-, Sumpf- und Bergwälder, Bambusdickichte, Buschland und Grasdschungel in Südostasien

Größe: Körperlänge: bis zu 6,5 m; Schulterhöhe: 2,4-3,35 m

Gewicht: bis zu 5 t

Sozialstruktur: Weibchen und Jungtiere leben in Herden, meist 8–30 Tiere; junge Bullen bilden Junggesellengruppen; ältere Bullen leben einzelgängerisch

Fortpflanzung: Tragzeit: 18-22 Monate, ein Jungtier

Nahrung: Gräser, Blätter, Rinde, Weichholz, Bambusschösslinge, Wurzeln und Früchte

Elefantenkühe
Temi – 11 Jahre
Steffi – 47 Jahre
Mangala – 20 Jahre
Panang – 24 Jahre

Elefantenbulle
Gajendra - 20 Jahre (z.Z. im Tierpark Hagenbeck, Hamburg)
Ludwig – 2 Jahre

München, den 06.05.2013/ 14

Weitere Informationen:
Verena Wiemann
Marketing/Presse
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-52
E-mail: wiemann@tierpark-hellabrunn.de
www.tierpark-hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751